



Lütt Matten meint: Uns stinkt`s!

"Motor aus an roten Ampeln". Er reibt sich die Augen, isst noch `ne Mohrrübe, hoppelt zu allen Ampeln der Rolandstadt - Tatsache- weg sind sie! Ja, die Schilder, auf denen "Motor aus" stand, wurden eins nach dem anderen abmontiert.

Das war das Straßenbauamt in seiner unendlichen Weisheit und Güte - aber warum, fragt sich Lütt Matten? Ein Auto muss an einer roten Ampel sowieso halten, dann kann der Motor doch gleich aus.

Hat nur Vorteile: weniger Lärm, weniger Gestank, weniger Spritverbrauch - (also auch weniger Ökosteuer). Für kleine Ausnahmen (am Wintermorgen die Scheiben "freipusten" oder Fahrschüler, denen das Anlassen noch nicht so flott von der Hand geht) hat Lütt Matten natürlich Verständnis, aber sonst? Vielleicht gibt`s für Hasen ja kein Grundrecht auf frische Luft - aber es gibt sicherlich auch für Autofahrer kein verbrieftes Recht, sinnlos `rumzustinken und dabei Welt und Geld zu verschwenden.

Bitte, röchelt Lütt Matten, hängt die Schilder wieder auf und Ihr Autofahrer (hust) - schaltet doch bitte einfach so - auch ohne Schild - bei Rot den Motor ab, gerne (keuch) auch vor`m Bahnübergang.

Dicken Hasendank dafür, seggt

euer Lütt ` Matten

P.S. Dem ersten Taxiunternehmen mit Standheizungen statt Dauerdieseln am Stand schenkt Lütt Matten `n Sack Mohrrüben, versprochen.

Vorrang für sicheren Schulweg!

Durch eine Presseveröffentlichung, in der sie erklärt, dass die Schulwegsicherung entlang der Straße Sommerland auf die lange Bank geschoben werden soll, hat die CDU-Fraktion eine öffentliche Diskussion angestoßen.

Das Problem

Seit mehreren Jahren warten Eltern und Kinder aus dem Bereich Bissenmoorweg und angrenzender Südweststadt auf eine Verbesserung der Schulwegsituation. Kinder aus diesen Wohngebieten besuchen gegenwärtig und auch in Zukunft die Maienbeeck-Schule. Ihr Schulweg führt sie entlang der Straße Sommerland. Dort ist der nördliche Gehweg stellenweise weniger als einen Meter breit. Aus diesem Grunde hat die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN schon 1999 einen Antrag auf Verbreiterung dieses Weges zwischen der Einmündung Bissenmoorweg und Glückstädter Straße gestellt, um die Schulkinder so vor dem nicht unerheblichen Straßenverkehr auf dem Sommerland besser zu schützen. Dieser Antrag wurde angenommen, die Planungen einschließlich Bürgerbeteiligung wurden durchgeführt. Die Maßnahme könnte umgehend realisiert werden. So weit, so gut.

Veränderte Förderungsrichtlinien aus Kiel

Doch nun wird von der CDU-Fraktion die Realisierung des Projektes in Frage gestellt, mit Hinweis auf

die schlechte Haushaltslage der Stadt und auf eine veränderte Förderpolitik des Landes Schleswig-Holstein. Die Stadt hatte mit der Übernahme von einem guten Drittel der Investitionskosten durch die Landesregierung gerechnet. Diese Mittel fließen in Zukunft aber nur noch, wenn durch die Baumaßnahme zwei Radwege miteinander verbunden werden. Das würde bedeuten, dass eine Förderung nunmehr nur dann erfolgen kann, wenn der ganze Sommerland bis zur Altonaer Straße einen verbreiterten Fuß-Radweg erhält.





Die Entscheidung

Die Stadt steht vor der Entscheidung, ob sie nur einen Abschnitt des Sommerlandes mit einem Fuß-Radweg versieht und dabei auf Zuschüsse in Höhe von € 47.000 verzichtet, oder ob sie den Ausbau der gesamten Straße in Angriff nimmt, was eine zeitliche Verzögerung bedeuten würde. Außerdem wären die Kosten, die auf die Stadt zukämen, deutlich höher als im ersten Fall.

Kein Verständnis für die Haltung der CDU

Bündnis 90/DIE GRÜNEN halten es nicht für hinnehmbar, wie von der CDU erklärt, „das Unternehmen Sommerland bedauerlicherweise um einen ungewissen Zeitraum“ zu verschieben. „Im Interesse der Kinder sollte der erste Bauabschnitt umgehend in Angriff genommen werden“, erklärte Fritz Bredfeldt, Stadtverordneter der grünen Fraktion, „eine weitere Verzögerung des Baubeginns ist nicht mehr hinnehmbar.“ „Gerade mit Hinblick auf die klammen Kassen unserer Stadt ist der Ausbau des gesamten Sommerlandes schwer finanzierbar“, ergänzte Udo Schütt, grüner Vertreter im Bauausschuss, „das Gesamtprojekt kommt einschließlich Förderung die Stadt viel teurer als der erste ungeforderte Bauabschnitt.“

Deshalb steht zu vermuten, dass die CDU-Mehrheit sich mit Hinweis auf eine veränderte Förderpraxis der Kieler Regierung aus der Verantwortung für die Schulwegsicherung stellen will.

Die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hingegen wird alles unternehmen, was zur Realisierung dieses überfälligen Projektes beiträgt.

(bf)

Immer wieder:

Ärger mit etlichen Fußgängerampeln

Kennen Sie das auch?

Sie eilen zu einer Kreuzung im Stadtkern - etwa bei der Sparkasse - und wollen die B 206 überqueren. Der parallel zu Ihrem Übergang verlaufende Straßenverkehr erhält gerade grün - aber die Fußgängerampel zeigt mit konstanter Bosheit den roten Mann, soviel Sie auch die Taste bearbeiten. Pech gehabt, Sie können zwei Minuten auf die nächste Grünphase warten.

Das muss nicht sein, meinte die Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN und stellte den Antrag, dass die Ampelschaltung folgendermaßen geändert wird. Immer, wenn der Straßenverkehr z. B. aus der Glückstädter Straße grün erhält, sollen auch die Fußgängerampeln über die B 206 auf grün geschal-

tet werden, unabhängig davon, ob eine Anforderung vorliegt oder nicht. Das ermöglicht Passanten, die genau zur richtigen Zeit kommen, die ihnen zustehende Grünphase auszunutzen, während für den Kfz-Verkehr keine zusätzliche Wartezeit entsteht. Die gleiche Regelung soll für die Kreuzungen an der Kirche und am Lohstücker Weg gelten.

Erfreulicherweise wurde der Antrag im städtischen Bauausschuss angenommen. Er ruht jetzt beim zuständigen Straßenbauamt Itzehoe, wo endgültig über die Änderung der Ampelschaltung über die Bundesstraße entschieden wird. Wir erwarten eine zügige und bürgerfreundliche Bearbeitung!

(bf)

Städtischer Haushaltsentwurf

1.800.000 € Defizit

Die Stadt hat ist finanziell klamm – der Haushaltsentwurf der Verwaltung enthält ein Defizit von 1,8 Mio. Euro.

Die Gründe: sinkende Steuereinnahmen einerseits und steigende Ausgaben im Bereich der Pflichtaufgaben andererseits. Eine grundsätzliche Änderung ist nicht in Sicht.

Die Schaffung von Einnahmemöglichkeiten und Begrenzung der Ausgaben bleibt Dauerthema für alle Parteien und die Verwaltung. Der Sparprozess vor Ort muss sozial gerecht, aber effektiv gestaltet sein. Der vor 2 Jahren eingesetzte Budgetausschuss hat hier vieles an- aber noch wenig zu Ende gedacht und arbeitet nach Ansicht der GRÜNEN nicht effektiv genug. Deshalb haben die GRÜNEN ihre Mitarbeit dort ausgesetzt und konzentrieren sich auf die Fachausschüsse.

Die Übernahme des alten Volksbank-Gebäudes am Bleeck kann man sich nicht mehr leisten. Die Stadt muss sehen, wie sie aus den früher geschlossenen Verträgen möglichst ohne Schaden herauskommt.

So sehr wir die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr schätzen, halten wir die anstehende grosse Investition in diesem

Jahr für nicht verantwortlich. 700.000 € für die Erweiterung des Feuerwehrgerätehauses sind bei der angespannten Haushaltslage ein zu großer Brocken.

Manche Ausgaben sind überflüssig, wie die Anlage eines Parkplatzes bei der Hoffeldschule mit einem städtischen Anteil von 40.000 € Andere Vorhaben müssen überprüft werden.

Allen ist klar: Bad Bramstedt muss sparen im Interesse der gemeinsamen Zukunft. Deshalb schlagen wir vor, Ausgaben, die verschiebbar oder nicht zwingend notwendig sind, aus dem Haushalt 2004 herauszunehmen.

Mit der Gemeindefinanzreform auf Bundesebene hat Rot/GRÜN den Anfang für eine wirksame Entlastung der Kommunen gemacht.

Ein wesentlicher Punkt ist die Verbreiterung der Gewerbesteuer: mehr Betriebsarten als bisher sollen gewerbesteuerpflichtig werden. Bei der alten Gewerbesteuer zahlen von 888 Betrieben in Bad Bramstedt nur 148 überhaupt Gewerbesteuer. Sofern die Opposition im Bundesrat nicht blockiert, ist konkrete Entlastung schon für 2004 zu erwarten. Licht am Ende des Schuldentunnels? Wir hoffen so. (GS)

Fußballtore gesponsert



„Bitte lächeln!“ Dieser Aufforderung, die am Eingang zum Verwaltungstrakt zu lesen ist, kamen Lehrer und Schüler der Hauptschule in Bad Bramstedt besonders gerne nach. Zu Gast war Monika Heinold, Landtagsabgeordnete von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die sich über die Situation der

Schule ein Bild machte. Mit dabei ein Umschlag mit 200 € zur Anschaffung neuer, mobiler Fußballtore.

Die Tore kommen zu einem günstigen Zeitpunkt. Nicht nur, dass die Fußballsaison begonnen hat, auch das Außengelände der Schule soll neu gestaltet werden. Ein Platz zum Kicken kann also gleich eingeplant werden.

Heinold, die regelmäßig im Kreis Segeberg Institutionen und Einrichtungen besucht, zeigte sich beeindruckt von dem vielseitigen Angebot der Schule, neben dem regulären Unterricht zentrale Lebensfragen mit den Schülern aktiv aufzugreifen.

„Ich wünsche mir mehr Autonomie an unseren Schulen. Deshalb hat sich meine Fraktion erfolgreich dafür eingesetzt, dass Schulen verstärkt an dem Programm „Geld statt Stellen“ teilnehmen können. So können sie sich die Leistungen einkaufen, die sie mit dem vorhandenen Personal nicht abdecken können (Musik-, Sport-, Werkunterricht). Es gibt bereits ein ganze Reihe von Schulen, die gute Erfahrungen mit der so gewonnen höheren Flexibilität gesammelt haben.“, so Heinold. (MTO)

CDU will keinen Verkehrsbericht - aber die GRÜNEN!

Im städtischen Hauptausschuss wurde unlängst über die Fortentwicklung des Berichtswesens diskutiert. Berichte - thematisch in etwa angelehnt an die Aufgabenverteilung der Ausschüsse - sollen den ehrenamtlichen Stadtverordneten das Verwaltungshandeln und sei-

ne Entwicklung in übersichtlicher Form darstellen. So weit so gut.

Ungläubig vernahmen die GRÜNEN, dass die CDU auf einen Verkehrsbericht verzichten will. Jahrelang wurde ein erheblicher Anteil des städtischen

Verwaltungshaushaltes in den Straßenbau gesteckt; da hätten wir doch schon gern ein paar regelmäßige Informationen.

Unsere Fraktion wird sich im Hauptausschuss dafür einsetzen. (GS)

Gibt es Alternativen?

Streetwork in Bad Bramstedt

Mit Beschluß vom 04.02.03 hat der Sozialausschuß eine Arbeitsgruppe eingesetzt mit dem Auftrag zu klären, ob es in Bad Bramstedt für Jugendliche einen Bedarf an Streetwork gibt. Oder ob es Bedarfe gibt, die andere Arbeitsweisen nötig machen.

In zwei Sitzungen wurde in einer von Professor Dr. Benedikt Sturzenhecker von der Kieler Fachhochschule (Fachbereich Soziale Arbeit und Gesundheit) moderierten Sitzung eine Empfehlung erarbeitet, die am 09.09.03 dem Sozialausschuß vorlag. VertreterInnen aller Parteien, des Jugendzentrums, des Kinderschutzbundes, der ev.-

luth. Kirchengemeinde, der ATS-Suchtberatung, und der Stadtverwaltung kamen zu einem einhelligen Ergebnis: Streetwork für Jugendliche im klassischen Sinne ist in unserer Stadt nicht nötig.

Dennoch gibt es genügend Bereiche in denen die verschiedenen Gruppierungen von Jugendlichen Unterstützung und Hilfe brauchen. Daher wurde vorgeschlagen, eine Stelle einzurichten, deren Aufgabe als herausreichende Arbeit bezeichnet werden könnte. Ein/e einzustellende/r Jugendarbeiter/in sollte im Team des Jugendzentrums verortet sein und von diesem ausgehend in die

auf tretenden "Problemzonen" gehen.

Gleichzeitig sollte eine solche herausreichende Arbeit in enger Kooperation und Vernetzung mit anderen Gremien (besonders dem Sozialausschuß und den pädagogischen Institutionen) arbeiten. "Ein gutes und informatives Ergebnis, was in dieser Gruppe erarbeitet wurde", so Cornelia Schönau, Vertreterin von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Sozialausschuß. Ob es denn zu einer solchen neu zu schaffenden Stelle kommen wird ist mehr als fraglich - die Mehrheitspartei CDU hat bereits im Vorwege abgewunken. CS

Erneuerung des Freibades auf den Weg gebracht

Die Besucher des Warmwasserfreibades in Bad Bramstedt können sich freuen. Der aufgeschobene zweite Bauabschnitt wird nun angepackt und mit der Saisonöffnung im Mai 2004 präsentiert sich das Bad in neuer und attraktiverer Form. Notwendig war dies geworden, da das alte Gebäude alt, sanierungsbedürftig und im Unterhalt zu teuer geworden war. Mit dem Neubau wird auch die Chance genutzt, eine großzügige Saunalandschaft zu integrieren.

In anderen Städten hat ein solches Angebot zu einer stärkeren Nutzung und Verringerung des Defizits des Bades geführt. Auch wenn sich alle Parteien angesichts der kommunalen Finanzprobleme mit der Entscheidung schwer getan haben. Die GRÜNEN stehen zu dem Ausbau.

Also: bis demnächst im Freibad! (JJ)

Gebühren in städtischer Bücherei

Ab 2004 werden erwachsene LeserInnen der öffentlichen Bücherei ein wenig zur Kasse gebeten. Sie sollen 10 Euro pro Nutzungsjahr dazubezahlen.

Die GRÜNEN haben dies angesichts leerer Haushaltskassen unterstützt - interessierte LeserInnen würden es sich wahrscheinlich sogar mehr kosten lassen, dieses gute Angebot wahrnehmen zu können.

Allerdings müssten dann endlich die Öffnungszeiten - besonders in den Ferien - bedarfsgerechter gestaltet werden. (CS)



Keine Verödung der Innenstadt

Lebensmittelgeschäft im Stadtkern muss bleiben

Bramstedt sollte alles tun, um einen Lebensmittelladen in der Innenstadt zu halten. Alte und Behinderte müssen fußläufig einkaufen können. Gerade Menschen ohne Auto müssen sich versorgen können, ohne an den Stadtrand zu gehen.

EDEKA und ALDI wollen an der Hamburger Straße auf dem alten Kelle-Gelände ein weiteres Einkaufszentrum einrichten. Bündnis 90/DIE GRÜNEN meint, dass die

Stadt dem auf keinen Fall zustimmen soll.

Für jeden Laden auf der grünen Wiese stirbt einer in der Innenstadt. Und bald stehen noch mehr Läden leer als schon jetzt. Eine lebendige Innenstadt braucht die Vielfalt der Geschäfte und dazu gehört an erster Stelle ein Lebensmittelmarkt. Der ist Magnet und sichert auch die Existenz der umliegenden Läden.

Also Neuansiedlung ja - aber nur auf Flächen im Innenstadtbereich. (BSJ)

<http://www.gruene-badbramstedt.de>

Errungenschaften des Internet-Zeitalters holen alle ein, auch den Ortsverband Bad Bramstedt von Bündnis90/DIE GRÜNEN.

Wir haben endlich eine Web-Seite (Uff!). Zwar dauern die Nachwehen noch an, aber man bekommt unter www.gruene-badbramstedt.de schon einiges zu ehen.

Vor allem natürlich möglichst viel Aktuelles zur Arbeit des Ortsverbandes, Vorstellung der Aktivisten, unser Programm und einiges an Hintergrundinformationen. Diverse Links auf Webseiten von Landesverband, Bundespar-

tei usw. fehlen nicht.

Ergänzend bieten wir die Möglichkeit, über E-Mail dort Meinung kundzutun, z.B. zu Ereignissen in Bad Bramstedt und zur GRÜNEN Politik. Unser Maskottchen Lütt Matten hat dort für Politik-Verzagte stets einen klugen Spruch parat. Für die Zukunft geplant sind Rubriken für Tipps zur gelebten Ökologie und zum Einkauf von Bio-Lebensmitteln. Nicht zuletzt: Termine, Termine....

Am besten: schaut einfach mal rein! (KH)

Treffpunkt der GRÜNEN

Jeden 2. und 4. Mittwoch
im Monat um 20.00 Uhr im Kaisersaal

Impressum

Herausgeber:
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Bad Bramstedt

Kontaktadresse:
Bimöhler Str. 3 Tel. 9183
Druck: Global-Druck
Auflage: 5.500
Erscheinungsdatum: 5.11.2003
Verantwortlich für diese Ausgabe:
Fritz Bredfeldt, Jochen Josenhans